

Trägerorganisationen: ACK Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg; Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!; Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland, Attac Deutschland; Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (B.E.R.); Bike for Peace and New Energies e.V.; DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.; DFG-VK Bundesverband und Landesverband Baden-Württemberg; EAK Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung Baden-Württemberg und Bundesverband; Evangelische Landeskirche in Baden; Friedenspfarramt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg; GPI Gesellschaftspolitische Initiative Norbert Vöhringer e.V.; IPPNW Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.; NaturFreunde Deutschlands; Ohne Rüstung Leben e.V.; RIB RüstungsinformationsBüro e.V.; Internationaler Versöhnungsbund e.V., Deutscher Zweig



An die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Angela Merkel
An die Mitglieder des Bundessicherheitsrates
An die Mitglieder des Deutschen Bundestages

Wer Frieden will, braucht keine Waffen

6. Juni 2018

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Damen und Herren Minister,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir überreichen Ihnen im Namen des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „FRIEDEN GEHT! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte für eine friedliche Welt“ und tausender Unterstützer*innen unsere Forderungen zur Wende in der deutschen Rüstungsexportpolitik.

Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur von Kleinwaffen (Pistolen und Gewehre) und viertgrößter Rüstungsexporteur von Großwaffensystemen (Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Kampfpanzer). Deutsche Waffen werden an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten exportiert. Mit ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen verübt, Millionen von Menschen in die Flucht getrieben oder getötet. Zivilist*innen – insbesondere Frauen und Kinder – sind die Hauptleidtragenden.

Wir fordern:

Kriegswaffen und Rüstungsgüter dürfen grundsätzlich nicht exportiert werden!

Wichtige Schritte auf diesem Weg sind:

- Kein Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten
- Exportverbot von Kleinwaffen und Munition
- Keine staatlichen Hermesbürgschaften zur Absicherung von Rüstungsexporten
- Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen
- Die Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion.

Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov, die „FRIEDEN GEHT!“ im Mai dieses Jahres in Auftrag gegeben hat, ist eine deutliche Mehrheit von 64 % der Deutschen gegen den Verkauf von Waffen und anderen Rüstungsgütern ins Ausland. Überwältigende 80 % der Bundesbürger lehnen Exporte in Kriegs- und Krisengebiete ab. Besonders stark ist die Ablehnung mit 83 % bei Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei.

Ein breites Bündnis von Menschen aus der Friedensbewegung, den Kirchen, Entwicklungsorganisationen, Kulturschaffenden und Sportler*innen organisierte vom 21. Mai bis 2. Juni 2018 einen Staffellauf gegen Rüstungsexporte quer durch Deutschland – von Oberndorf am Neckar bis nach Berlin. An der Wegstrecke passierten sie Standorte von Rüstungsproduzenten und -exporteuren, politischen Entscheidungszentralen und Behörden, um ein Zeichen gegen Rüstungsexporte und für Frieden zu setzen.

An dem Friedenslauf über eine Strecke von mehr als 1.100 Kilometern, die in 13 Tagen nach Berlin führte, beteiligten sich mehr als 2.500 Läufer*innen, Geher*innen und Radfahrer*innen. Tausende weitere Menschen organisierten Veranstaltungen an den einzelnen Etappen oder kamen zu den Kundgebungen, Friedensfesten, Podiumsdiskussionen, Gottesdiensten und Aktionen gegen Rüstungsexporte.

Die Zeit ist reif für neue Sicherheitskonzepte. Frieden und weltweite Sicherheit sind nur mit der Stärkung des Völkerrechts und Initiativen zur Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, mit Entwicklungsförderung und internationaler Zusammenarbeit möglich. Nachhaltige zivile Sicherheit verlangt den Mut, die Militarisierung der Politik zu überwinden.

Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU/CSU zugesagt, die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 noch in diesem Jahr zu „schärfen“ und damit auf die veränderten Gegebenheiten zu reagieren. Wir werden Sie an Ihren Taten messen.

Unser Protest gegen Rüstungsexporte aus Deutschland geht weiter.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Grässlin
Aktion Aufschrei –
Stoppt den Waffenhandel!

Helmut Lohrer
IPPNW Deutschland e.V.

Barbara Fuchs
ATTAC Deutschland

Sarah Gräber
Koordinatorin „Frieden geht!“

Stefan Maaß
Friedensbeauftragter
Ev. Landeskirche Baden

Stephan Möhrle
RüstungsInformationsBüro

Uwe Hirsch
NaturFreunde Deutschland

Max Weber
Koordinator „Frieden geht!“

Charlotte Kehne
Ohne Rüstung leben e.V.

Roland Blach
DFG-VK
Baden-Württemberg

Regine Spraul
Gesellschaftspolitische
Initiative Norbert Vöhringer

Heinke Salisch
ehemalige MdEP, GIP

Gisela Konrad-Vöhringer
Initiatorin „Frieden geht!“
Gesellschaftspolitische Initiative
Norbert Vöhringer